Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

20.6.1931 (No. 141)

Visual Library

Nr. 141 Samstag, den 20. Juni 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Italiens

Der an Stelle des Herrn Antonio Tamburini zum Königlich Italienischen Generalkonsul in Frankfurt a. M. ernannte Herr Dr. Giovanni Pascale ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Konsularische Vertretung Ungarns

Der zum Generalkonsul ernannte bisherige Königlich Ungarische Konsul Ladislaus **von Velics** in München, ist auch in seiner neuen Eigenschaft zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Eine Aktion Amerikas

Wichtige Erklärungen Hoovers

In **Washington** ist ein wichtiger Schritt in der Schulden- und Reparationsfrage im Gang und Präsident **Hoover** ist — wie von dort gemeldet wird — im Begriff, eine neue Politik zur wirtschaftlichen Wiedergesundung Amerikas wie Europas einzuleiten. Hoover erklärte, daß Besprechungen, die am Freitag im Weißen Haus mit den Führern der beiden politischen Parteien stattfanden, diese Fragen zum Gegenstand hatten, mit dem Ziel, auch eine Stärkung der Lage in Deutschland herbeizuführen. Man sei sich noch nicht über bestimmte Pläne schlüssig geworden, aber die Art, in der die Vertreter beider Parteien auf die Angelegenheit eingegangen seien, sei durchaus befriedigend gewesen. Wie Reuter berichtet, wird das Eingreifen des Präsidenten in Zusammenhang gebracht mit den Unterredungen zwischen **Mellon** und **Macdonald** in London, es zeige, wie man glaubt, daß eine wichtige Entscheidung über die amerikanischen und europäischen Finanzen im Gange sei.

Diplomatenempfang bei Staatssekretär Stimson

WTB. Washington, 20. Juni. (Tel.) Kurz nach der Erklärung Hoovers berief Staatssekretär Stimson die Vertreter der Großmächte, darunter auch Gesandtschaftsrat Leitner von der deutschen Botschaft, um die neugeschaffene Lage mit ihnen zu besprechen. Im Anschluß an die Besprechung teilte er mit, er hoffe, daß er seine Abreise nach Europa nur noch kurze Zeit hinauszuschieben brauche.

Der „Evening Star" erfährt aus parlamentarischer Kreisen, daß die amerikanische Regierung die deutsche Lage als sehr ernst ansehe und daher, trotz ihres eigenen gewaltigen Defizits, beschlossen habe, ihren alliierten Schuldnern eine Aussetzung der Zahlungen an die Vereinigten Staaten für einige Zeit vorzuschlagen, unter der Bedingung, daß sie für den gleichen Zeitraum keinerlei Reparationen von Deutschland verlangen, abgesehen von dem Zinsendienst auf die Dawes- und Young-Anleihe. „Evening Star" bemerkt weiter, dieser historische Schritt, der mit der traditionellen Politik Amerikas breche und die Verbindung mit den Schulden und Reparationen anerkenne, sei um so mutiger, als Amerika selbst schwer unter der Depression leide und gehofft habe, die Zahlungen der Alliierten zur teilweisen Ausgleichung des Defizits zu verwenden. Offenbar hätten die Nachrichten Mellons, die er von Macdonald und Henderson erhalten habe, den Präsidenten Hoover überzeugt, daß schnelle Hilfe für Deutschland nottue und daß man daher die eigenen Interessen zurückstellen müsse.

*

WTB. **Washington**, 19. Juni. (Tel.) In der **amerikanischen Presse** wird die Erklärung Hoovers als ein **historisches Dokument** bezeichnet und als Beweis für die Erkenntnis, daß sich Amerika dem Ernst der Lage nicht länger entziehen könne. Über die Pläne Hoovers gehen die Vermutungen dahin, daß man **Deutschland** nicht durch eine Herabsetzung der alliierten Kriegsschulden, sondern durch Gewährung langfristiger Kredite helfen wolle.

„Baltimore Sun" behauptet, sie habe aus guter Quelle erfahren, daß Hoover die **Initiative in der Schuldenfrage ergreifen** und dies den Alliierten vorschlagen wolle, **für 2 oder 3 Jahre die Zahlungen an die Vereinigten Staaten von Amerika einzustellen**, unter der Bedingung, daß sie während des gleichen Zeitraums **keine Reparationen** von Deutschland verlangen. Dieser Plan würde nach der „Baltimore Sun" die Verträge mit den Alliierten über ihre Schuldenzahlungen unangetastet lassen und es gleichzeitig den Alliierten ersparen, Amerika um Zahlungsaufschub zu bitten. Dadurch werde das Prestige Europas gewahrt und Amerikas Prestige gehoben.

„New York Times" zur Erklärung Hoovers

WTB. **New York**, 20. Juni. (Tel.) Die heutigen Morgenzeitungen geben den gestrigen Konferenzen des Präsidenten Hoover großen Raum. Die Überschriften heben hervor, daß die Vereinigten Staaten große Erwägungen unternehmen, um Deutschlands Lage zu verbessern, und daß die Führer **des Parlaments** die **Haltung des Präsidenten unterstützten**. „Titan" widmet der Aktion einen Leitartikel, in dem er erklärt, Amerika können angesichts des europäischen Zusammenbruchs nicht beiseite stehen; denn dies würde die amerikanische Wirtschaftsdepression nur weiter ausbreiten und auch für Wallstreet neue Verluste verursachen. Allerdings erschienen die Aussichten hinsichtlich der Zusammensetzung des Kongresses und der Finanzlage nicht allzugünstig zu sein. Sowohl die Republikaner wie die Demokraten hätten Furcht, am **Vorabend der Präsidentschaftskampagne** eine solche Verantwortung zu übernehmen. Nichtsdestoweniger könne der Präsident die Angelegenheit nicht mehr länger treiben lassen.

Letzte Nachrichten

Deutschland und die Aktion Hoovers

Kabinettsberatungen in Berlin

CNB. Berlin, 20. Juni. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett ist heute vormittag zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten, in der bekanntlich Personalfragen geregelt werden sollen. Es liegt auf der Hand, daß man sich bei dieser Gelegenheit auch über die Washingtoner Meldungen unterhält, die eine Initiative Amerikas in der Kriegsschulden- und Reparationsfrage ankündigen.

Die Erklärungen Hoovers in der gestrigen Pressekonferenz haben in der Reichshauptstadt natürlich ein ganz außerordentliches Interesse gefunden, zumal der amerikanische Präsident besonders die Bedeutung hervorgehoben hat, die der **Lage Deutschlands** in diesem Zusammenhang zuerkannt werden muß. In Berliner politischen Kreisen wird die Initiative des amerikanischen Präsidenten **außerordentlich herzlich begrüßt.** Die bisher vorliegenden Meldungen lassen freilich noch nicht erkennen, in welcher Form und in welchem Umfang die angekündigte amerikanische Aktion durchgeführt werden soll. Bisher sind in der amerikanischen Presse nur die Gedankengänge erwähnt worden, die in Europa und namentlich in Deutschland bereits seit langem entwickelt wurden. Man spricht von dem **Zusammenhang zwischen Reparationen und Kriegsschulden**; man ventiliert außerdem die Möglichkeiten einer **Anleihehilfe.** Über die Absichten Hoovers selbst ist jedoch noch nichts Authentisches bekannt geworden.

Es empfiehlt sich deshalb, zunächst einmal **abzuwarten**, bis nähere Informationen vorliegen. Immerhin läßt sich schon jetzt erkennen, daß auch in den verantwortlichen Kreisen Amerikas die Zusammenhänge der Finanz- und Wirtschaftskrise erkannt werden und daß man sich auch dort kaum noch einem Zweifel über den **Ernst der Situation** hingibt. Überrascht hat in politischen Kreisen, daß Präsident Hoover bereits jetzt mit seiner Erklärung hervorgetreten ist, ehe Staatssekretär **Stimson** seine Europareise gemacht hat. Die Entwicklung der letzten Wochen, vielleicht auch die Berichte, die Staatssekretär **Mellon** nach Washington gegeben hat, dürfte den verantwortlichen amerikanischen Kreisen die Überzeugung vermittelt haben, daß ein längeres Zuwarten die Situation nur noch bedrohlicher gestalten kann.

Jedenfalls läßt sich, bei aller selbstverständlichen Zurückhaltung des Urteils, nach der Auffassung politischer Kreise den Erklärungen des Präsidenten entnehmen, daß die Vereinigten Staaten sich an den bevorstehenden internationalen Verhandlungen recht aktiv beteiligen werden.

Nächste Woche Fortsetzung der Londoner Besprechungen

WTB. **London**, 20. Juni. (Tel.) „Times" schreibt, das Wochenende habe **Mellons Konferenzen**, an denen **Macdonald, Henderson** und **Montagu Norman** teilgenommen haben, unterbrochen, aber nicht beendet. Im Laufe der Unterredungen sei dem amerikanischen Schatzsekretär eine volle und freimütige Darlegung des Standpunktes der britischen Regierung bezüglich der von den interessierten Mächten gemeinschaftlich sobald als möglich zu unternehmenden Schritte gegeben worden. Mellon habe diese Ansichten sehr freundlich angehört. Er habe mit gleicher Freimütigkeit die Schwierigkeiten bei gewissen Fragen der Finanzpolitik und die Ansichten der amerikanischen Regierung auseinandergesetzt. Die Quintessenzen der Unterredungen seien sofort nach Washington berichtet worden.

„Daily Telegraph" gibt der Vermutung Ausdruck, daß Mellon vor seiner Abreise nach dem europäischen Kontinent möglicherweise noch eine Unterredung mit Schatzkanzler **Snowden** oder dessen Vertreter über die europäische Finanzlage haben werde. Es sei jedoch unwahrscheinlich, daß Mellon nach **Berlin** gehen werde. Dort erwarte man Staatssekretär **Stimson** gegen den 20. Juli, also unmittelbar nach dem Besuche Macdonalds mit Henderson. Dies gibt dem Korrespondenten zur Vermutung Veranlassung, daß eine längere Ausdehnung des Besuches der britischen Minister zu einem englisch-amerikanisch-deutschen Gedankenaustausch führen könnte.

*

WTB. **London**, 20. Juni. (Tel.) „News Chronicle" bemerkt zu der Erklärung Hoovers: Die Aktion Hoovers zeige, daß die **amerikanische Regierung** bereit sei, einen Teil der **Führerrolle in den Angelegenheiten der Welt wieder zu übernehmen.** In Washington nehme man an, daß Präsident Hoover von Mellon irgendeinen Bericht über dessen Londoner Unterhaltungen empfangen habe.

Noch kein Schiedsspruch im Ruhrbergbau

WTB. **Essen**, 20. Juni. (Tel.) Die **Verhandlungen über die Lohnregelung im Ruhrbergbau**, die heute vormittag unter dem Vorsitz des Schlichters von Westfalen, Prof. Dr. Brahn, wieder aufgenommen wurden waren um die Mittagsstunde noch im Gange. Ob es schon heute zu einem **Schiedsspruch** kommen wird, steht noch dahin.

*Zur politischen Lage

Parteiwirrwarr

In einzelnen Parteien hat in der letzten Zeit die Verwirrung einen recht gefährlichen Grad erreicht. Es offenbart sich darin eine große **Unsicherheit des planmäßigen Wollens.** Die Probleme, die es zu lösen gibt, sind so schwerwiegender Natur, daß es nicht mehr gelingen will, eine Partei auf einer gemeinsamen Willensbasis zu einigen.

Und so hören wir, wie es in dem Gebälk verschiedener Parteien knistert und kracht. Aufsehenerregende Austritte sind keine Seltenheiten mehr, und die Beschlüsse der Fraktionen werden oft genug nur von ganz schwachen Mehrheiten gefaßt, so daß sich schon vorher die Wahrscheinlichkeit eines späteren Umfalls voraussagen läßt. Einer der Führer der Christlich-Sozialen (des Evangelischen Volksdienstes), Reichstagsabgeordneter **Teutsch**, hat seiner Partei den Rücken gekehrt und sich den Nationalsozialisten angeschlossen, die damit eine Fraktionsstärke von 108 bekommen. Einer der Führer der Wirtschaftspartei, der Reichstagsabgeordnete **Colosser**, will der Deutschen Staatspartei beitreten. Und der Reichstagsabgeordnete **Klein**, ein Mann aus dem Arbeiterstande, beabsichtigt, sich von der Deutschnationalen Volkspartei zu trennen.

Was die Unerschütterlichkeit von **Fraktionsbeschlüssen** betrifft, so hat gerade die letzte Woche lehrreiche Beispiele dafür geliefert, wie schlecht es manchmal mit dieser Unerschütterlichkeit bestellt ist. Und nur der Glaube, daß der zweite, korrigierende Beschluß der bessere war, kann die betreffenden Parteien über die Empfindung hinwegtrösten, daß das ganze Schauspiel doch recht peinlich war.

Der Sieg des Reichskanzlers

Wenig angebracht ist es, wenn jetzt diejenigen Parteien, die in der vorigen Woche in Berlin eine vollkommene Schwenkung vollzogen, jetzt nachträglich behaupten, daß der Kanzler ihnen als Lohn für ihre Schwenkung **weitgehende Zusicherungen** gemacht habe. Vor allem in deutschvolksparteilichen Blättern finden wir Äußerungen, nach denen die Fraktion sehr energisch auf der Einlösung jener angeblichen Versprechungen bestehen werde und, wenn diese Einlösung nicht erfolgt, daraus ihre **Konsequenzen zu ziehen gedenke.**

Wir befürchten, daß dermaßen starke Worte nach den Ereignissen der letzten Woche nur geringen Eindruck hinterlassen werden. Viel vernünftiger ist es, wenn in der deutschvolksparteilichen Presse zugegeben wird, daß u. a. ganz bestimmte Rücksichten außenpolitischer Art die Haltung der Fraktion bestimmt hätten, nämlich die Erwägung, daß mit einer Vermittlung **Englands** in Sachen der Revision des Youngplans nicht mehr zu rechnen sein würde, wenn jetzt die Notverordnung zurückgezogen oder in entscheidenden Punkten abgeändert würde. Die Notverordnung ist nun einmal die notwendige Voraussetzung für die Verhandlungen über jene Revision.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß in dem Ringen des Kanzlers mit den Fraktionen nicht nur die größere Nervenkraft und die größere Zähigkeit auf der Seite des Kanzlers zu finden waren, sondern auch die **stärkeren Argumente.** Wenn das Reichskabinett jetzt Revisionspolitik betreiben will, muß es die Notverordnung als eine abgeschlossene Sache hinter sich haben. Hinzu kamen noch einige **innerpolitische** Argumente. Die Demission des Kabinetts würde mit Naturnotwendigkeit eine Entwicklung eingeleitet haben, an der vor allem die Sozialdemokratie gar keine Freude gehabt hätte. Vielleicht hätte der Reichspräsident aber auch zu dem Mittel **neuer Reichstagswahlen** gegriffen. Und hier ist es wohl vor allem die Deutsche Volkspartei die sich von solchen Wahlen wenig Gutes zu versprechen hätte. Ferner hat natürlich auch noch die Rücksicht auf die schwierige Situation der **Reichsbank** mitgesprochen.

Jedenfalls ist der **Sieg des Reichskanzlers** ein unbestrittener. Und seine Wirkung nach außen ist bereits dadurch in Erscheinung getreten, daß nunmehr die Verhandlungen über die Gewährung eines **Kassenkredits von 250 Millionen Reichsmark** an das Reich abgeschlossen werden konnten. Die Abdeckung dieses Kassenkredites ist, wie offiziös mitgeteilt wird, durch die normalen Einnahmen, sowie durch die auf Grund der Notverordnung zu erwartenden Ersparnisse und Eingänge sicher gestellt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Vor der Initiative des Kabinetts

Der amerikanische Staatssekretär der Finanzen, Herr **Mellon,** befindet sich bereits in Europa, und sein Kollege, der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr **Stimson,** soll am 21. Juli in Berlin eintreffen. Es versteht sich ganz von selbst, daß die Reichsregierung die Besprechungen mit beiden Männern abwartet, bevor sie mit einer Aktion in der Reparationsfrage hervortritt.

Wohl mit Recht erwartet man von den Herren Mellon und Stimson **ganz bestimmte Vorschläge.** So ist in letzter Zeit davon die Rede gewesen, Amerika werde für einen Plan zu haben sein, nach welchem **alle** Schulden, die Reparationsschulden **und** die interalliierten Schulden, **für 2 Jahre ausgesetzt** werden, und Deutschland ein **großer, langfristiger Kredit** eingeräumt wird.

Zu dem zweijährigen Moratorium kann man sich gewiß zustimmend äußern. Etwas anderes ist es mit der **auswärtigen Anleihe.** Deutschland ist verschuldet genug und trägt an der Last seiner Zinsen ebenfalls schwer genug. Eine Revision des Youngplans hat nur dann einen Zweck, wenn sie Deutschland in Stand setzt, aus **eigener** Kraft die Überschüsse herauszuwirtschaften, die für Reparationszahlungen **in vernünftigem Ausmaße** notwendig sind.

Eigentlich bestimmt ja schon der **Youngplan,** daß Deutschland vermittels seiner eigenen Wirtschaft und seines eigenen Handels die Reparationen aufbringen soll. Wir stoßen damit wieder auf das alte Dilemma. Entweder gestattet man uns eine Handelspolitik regen Exports und gedrosselten Imports und nimmt damit die deutsche Konkurrenz einerseits und die Verringerung der Ausfuhr nach Deutschland andererseits in Kauf, oder man beziffert die Reparationszahlungen so, daß sie von uns unter **allen** Umständen glatt aufgebracht werden können. Eine **sehr erhebliche Reduktion** der Annuitäten ist ja **in jedem Falle notwendig.** Das Ausland **muß** den Glauben fahren lassen, daß Deutschland die Milliarden, die man ihm im Youngplan aufgebürdet hat, wirklich auf die Dauer zahlen kann. Und eine Reduktion ist ja schon deshalb notwendig, weil sich inzwischen der Kaufwert des Goldes um 20 bis 30 Proz. gesteigert hat.

Wahrscheinlich wird die deutsche Reichsregierung im **August** mit ihrer Aktion in Sachen der Reparationsfrage vor die Öffentlichkeit treten. Wenn sie dies tut, wird sie von der Überzeugung ausgehen können, daß das **gesamte, deutsche Volk hinter ihr steht.**

Koalitionsverhandlungen in Baden

Als der Regierung nahestehendes Organ können wir natürlich zu den Ereignissen der letzten Woche auf dem Gebiet der **badischen Koalitionspolitik** keine Stellung nehmen. Wir begnügen uns damit, hier die **wichtigsten Tatsachen** zu registrieren. Von Anfang an bestand in Baden der Wunsch, die aus Zentrum und Sozialdemokratie bestehende Regierungskoalition zu **erweitern.** Nach Lage der Dinge kamen dafür nur die Staatspartei und die Deutsche Volkspartei in Betracht. Da aber die **Staatspartei** sich immer mehr und mehr von der Regierung distanzierte und zumal in der letzten Zeit eine scharf oppositionelle Taktik befolgte, blieb eigentlich nur die **Deutsche Volkspartei** als Partner übrig. **In** aller Form beschloß auch der badische Parteitag der **Staatspartei** in Überlingen in Übereinstimmung mit der Landtagsfraktion, sich an einer Regierungserweiterung in Baden zur Zeit **nicht zu beteiligen.**

Inzwischen hatten sich die Fraktionen des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei über die Koalitionserweiterung **verständigt.** Es kam jetzt nur noch darauf an, daß auch die Landesparteiausschüsse ihr Siegel unter den Pakt setzten. Und da gab es die große Überraschung! Während Zentrum und Deutsche Volkspartei zustimmten, **lehnte der Landesparteiausschuß der Sozialdemokraten eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei** ab, und zwar mit großer Mehrheit. Schon vorher hatten sich die beiden führenden sozialdemokratischen Organe des Landes, der „Volksfreund" in Karlsruhe, und die „Volksstimme" in Mannheim, **gegen** eine Erweiterung der Koalition durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ausgesprochen.

Man stand also vor der Tatsache einer schwerwiegenden Differenz innerhalb der Partei. Die erdrückende Mehrheit der **Fraktion** — nur zwei Mitglieder sollen seinerzeit **gegen** die Koalitionserweiterung gewesen sein —, war **für** die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei, die große Mehrheit des **Landesparteiausschusses dagegen.** Zweifellos ein wenig erfreulicher und gewiß auch recht ungewöhnlicher Vorgang! Die **Zentrumspartei** reagierte darauf in der Weise, daß sie ihrerseits **auf der Erfüllung des Paktes bestand** und für den Fall, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion unter dem Eindruck des Beschlusses des Parteiausschusses auch ihrerseits zurückhufen sollte, **ganz bestimmte Konsequenzen andeutete,** die mit Recht dahin gedeutet wurden, daß dann das Zentrum **ohne Sozialdemokratie eine andere,** also mehr nach rechts gerichtete Koalition bilden werde.

Obwohl diese Kundgebung des Zentrums bei den Sozialdemokraten zunächst starken Unmut hervorrief, einigte man sich doch schließlich dahin, die **Erledigung der Angelegenheit um eine Woche zu vertagen,** um vielleicht in der Zwischenzeit **Verhandlungen auf einer ganz neuen Basis** beginnen zu können. Eine solche neue Basis wäre für die Sozialdemokraten, und zwar **auch für den Parteiausschuß** gegeben, **wenn sich die Staatspartei ihrerseits entschlöße, der Koalition beizutreten.**

Im Augenblick dreht es sich also um die Frage, ob die Staatspartei im Hinblick auf die Möglichkeit der Bildung einer Rechtskoalition von ihrer bisherigen Haltung abweichen und sich zur Koalitionsbereitschaft bekehren könnte. Geschieht das nicht, dann bliebe nur noch der Ausweg übrig, daß der Landesparteiausschuß der Sozialdemokratie seine Haltung revidiert und der Fraktion in irgendeiner Form die Möglichkeit gibt, doch noch die ursprüngliche Abmachung (Koalition zwischen Zentrum, Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei) zu verwirklichen.

Die **„Badische Zentrumspressekorrespondenz"** bemüht sich in einem langen Artikel der Sozialdemokratie eine Revision jenes Beschlusses zu **erleichtern.** Der Artikel geht sichtlich von dem Leitgedanken aus, **ein Auseinanderfallen der Koalition zwischen Sozialdemokratie und Zentrum zu vermeiden.** Seine Schlußsätze lauten:

„Wir wollen **keinerlei Druck** auf die Sozialdemokratie ausüben, sondern nur sie nicht im Unklaren belassen über die durch ihre Beschlußfassung entstehenden **Konsequenzen,** damit sie frei und unabhängig so sich entscheiden kann, wie sie unter Abwägung aller Gesichtspunkte glaubt entscheiden zu müssen Wir unsererseits möchten nur der Sozialdemokratie empfehlen, **die gegnerische Presse aufmerksam zu studieren** und zu sehen, mit welch unverhohlener Schadenfreude man dort versucht, Durcheinander in der Sozialdemokratischen Partei zu schaffen **und die Partei in Baden aus der Position, die sie seit 12 Jahren einnimmt, heraus zu manövrieren. Unser Wunsch und Ziel ist keine Regierungskrise,** sondern rascher Abschluß der Verhandlungen im Sinne einer Regierungsverbreiterung. Wir haben der Sozialdemokratie keinen Rat gegeben, aber wir würden es aus staatspolitischen Erwägungen bedauern, wenn die Sozialdemokratie eine Situation schaffen würde, die zu bestimmten Konsequenzen zwänge, hinsichtlich deren allerdings in der Zentrumsfraktion keinerlei Meinungsverschiedenheit besteht."

Drei Millionen Reichsmark Gesamterlös der Nemes-Auktion. Die Nemes-Auktion in **München** ging Freitag nachmittag zu Ende. Der Gesamterlös, der 657 Nummern umfassenden Auktion, ist drei Millionen und einige tausend Reichsmark. Damit liegt das Ergebnis weit hinter den Schätzungen zurück, die man im vorigen Oktober hegte. Der verstorbene ungarische Sammler und Kunsthändler Nemes, der die letzten Jahre seines Lebens in München wohnte, hat bestimmt, daß ein Fünftel des Ergebnisses der Versteigerung seiner Kunstschätze den Münchener Künstlern, vier Fünftel des Ertrags der Künstlerschaft seiner Heimatstadt Budapest zugute kommen soll. Daran sind allerdings die sehr erheblichen Schulden des Nachlasses abzuziehen

Die Kabinettsbesprechungen mit den Botschaftern

haben in Berlin begonnen. Der reparationspolitische Ausschuß des Reichskabinetts, der bekanntlich seinerzeit aus den Ressorts gebildet worden ist, die an den Fragen der **Reparationen** besonders beteiligt sind, haben am Freitag eine Sitzung abgehalten, an der auch die Botschafter Dr. **Hösch** und Dr. v. **Schubert** teilgenommen haben. Die Beratungen galten natürlich der **Vorbereitung der Maßnahmen,** mit denen das Reichskabinett die **Revision** einleiten will. Sie werden in den nächsten Tagen fortgesetzt. Inzwischen werden auch die Botschafter **v. Prittwitz** und **Neurath** in Berlin erwartet, die sich bereits auf der Reise befinden. Diese Besprechungen, die bereits vor einiger Reihe von Tagen angekündigt waren, werden noch einige Zeit andauern, da bei den Schwierigkeiten des ganzen Problems natürlich eine eingehende und sorgfältige Behandlung der Frage notwendig ist.

Die Regierungsbildung in Oesterreich

Seipel gibt seinen Auftrag zurück

WTB. **Wien,** 20. Juni. (Tel.) Nachdem die Verhandlungen **Seipels** mit den Sozialdemokraten gestern gescheitert waren, versucht er ein bürgerliches Kabinett zu bilden. Heute scheiterten auch diese Verhandlungen. Dr. **Seipel** erklärte nun, daß er seine Mission zurückgebe, da die **Großdeutschen,** wenn sie auch die Regierung unterstützen wollten, an ihr nicht teilnehmen zu können erklärten. Die Großdeutschen hätten ihren Standpunkt in der Frage des Beamtenmotopfers nicht geändert, wodurch dieselbe Lage gegeben sei, wie vor dem Rücktritt Dr. Enders. Nach einer weiteren Äußerung Dr. Seipels dürfte jetzt ein vom **Präsidenten der Republik ohne Befragung der Parteien ernanntes Kabinett** kommen.

Als Vorbereitung zur Arktikfahrt des „Graf Zeppelin" diente die Freitag nachmittag auf dem Bodensee ausgeführte **erste Wasserlandung des Luftschiffes.** Das Luftschiff nahm sie vor, als es von einer Schweizer Fahrt zurückkehrte. Nach dem glänzend gelungenen Landungsmanöver fuhr das Luftschiff mit gedrosselten Motoren noch eine Strecke von zirka 500 Meter auf dem Wasser. Sodann erhob es sich leicht in die Luft und steuerte dem Heimathafen zu.

Der Segelflieger Wolf **Hirth** führte einen Flug von 3,06 Stunden Dauer über **Breslau** aus, bei dem er bis zu 1150 Meter erreichte.

Das Flugboot **„Do X"** hat am Freitag von Bahia aus den Flug nach der Bundeshauptstadt Rio de Janeiro angetreten und ist um 21.05 Uhr (MEZ) in **Aldeia de S. Pedro** (unmittelbar am Cap Frio) eingetroffen. „Do X" wird am kommenden Freitag von Aldeia de Sao Pedro nach Rio de Janeiro weiterfliegen. In Aldeia de Sao Pedro wurde der Besatzung ein herzlicher Empfang durch die Staatsbehörden die Vertreter der Flugbehörden und der Armee zuteil.

Der Engländer Lissant **Beardmore** kann für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, als Erster in einem **motorlosen Flugzeug** den **Ärmelkanal überflogen** zu haben. Beardmore ließ sich Freitagnachmittag um 5.15 Uhr vom Flugplatz Lympne von einem Motorflugzeug bis zu einer Höhe von etwa 4000 Metern hochschleppen und landete etwa eine halbe Stunde später auf französischem Boden auf dem Flugplatz St. Inglevert.

Über dem Flughafen **Brindisi** (Italien) stießen zwei **Bomben-Wasserflugzeuge** in einer Höhe von 20 Metern zusammen. Während es dem einen Flugzeug gelang, glatt zu landen, stürzte das zweite, das einer Fliegerschule gehörte, mit sechs Personen ins Meer, wobei **fünf** trotz sofortiger Rettungsversuche **ertranken.**

Eine funkentelegraphische Nachricht, die der Kreuzer „Wyoming", der das **Arktis-U-Boot „Nautilus"** nach Queenstown in Irland zu schleppen versucht, dem Marinedepartement übermittelte, besagt, daß das Boot 49 Grad 35 nördl. **Breite und** 14 Grad 49 westl. Länge liegt, da **neue Störungen** aufgetreten sind. Der Steuerbordmotor kann nicht mehr repariert werden. Die Besatzung versucht, die Reise mit dem Backbordmotor fortzusetzen.

Kundgebungen zur Notverordnung

Im Hauptausschuß des **Reichsverbandes der deutschen Industrie** faßte der Vorsitzende, Geh. Rat Dr. **Duisberg** das Ergebnis einer am Freitag abgehaltenen Sitzung dahin zusammen, daß die Vermeidung eines wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruches in allererster Linie eine Frage des Vertrauens in die Führung der Reichsgeschäfte sei. Der **Person des Reichskanzlers** bringe die Industrie **dieses Vertrauen entgegen.** An dem Inhalt der Notverordnung wurde ernste Kritik geübt. Die entscheidenden Schritte, die Wirtschaft von den Fesseln zu befreien, die ihr durch die Überlastung mit öffentlichen Abgaben und die falschen Methoden der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik auferlegt sind, müßten getan werden. Eine dringende Aufgabe sei ferner das entschlossene Anfassen der Reparationsfrage. Diese liege auch im Interesse Europas und der Welt.

*

Der **Hansabund** für Gewerbe, Handel und Industrie veranstaltete am Donnerstagabend in **Berlin** eine große **Kundgebung.** In seiner Eröffnungsansprache erklärte der Präsident des Hansabundes, Dr. Hermann **Fischer,** M. d. R., der Kampf um die Wirtschaftsfreiheit werde nicht aus egoistischen Motiven heraus geführt, sondern um des Wohles des ganzen Volkes willen. Der Direktor des Hansabundes, **Mosich,** führte u. a. aus, von der Beseitigung der Reparationslasten könnten wir auch nicht alles Heil erwarten. Eine endgültige Gesundung sei nur dann zu erreichen, wenn die **Ordnung im eigenen Hause** wieder hergestellt werde, damit wir von den Reparationsgläubigern nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert seien. Der Redner trat dann für eine Senkung der öffentlichen Ausgaben ein, die in Reich, Ländern und Gemeinden etwa 20 Proz. betragen müßte. Schließlich wünschte er die **Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge,** um den Lohn den Marktverhältnissen anpassen zu können.

*

Der **Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands** hat einen Aufruf veröffentlicht, der eine Kampfansage gegen die Notverordnung enthält. Die Sozialdemokratie fordere, daß ihr sozial ungerechter Inhalt durch einen gerechteren ersetzt werde. Die Reichstagsfraktion habe richtig gehandelt, in dem sie die Pläne der faschistisch-kommunistischen Koalition zu schanden machte. Sie habe es getan, nachdem die Reichsregierung den demnächstigen Ausschußberatungen zugestimmt und sich außerdem zur vorherigen Milderung einiger sozialer Härten bereit erklärt hätte.

*

Der Gesamtvorstand der **christlichen Gewerkschaften** erklärte daß trotz Anerkennung der außerordentlich schwierigen Lage eine beschleunigte Abänderung der Notverordnung vom 5. Juni 1931 gefordert werden müsse.

*

Im **Reichsarbeitnehmerausschuß der Deutschen Staatspartei** sprach der Reichstagsabgeordnete Gustav **Schneider** über das Thema „Kampf der Notverordnung". In der Aussprache wurde erklärt, daß man den Weg des Kabinetts Brüning nicht mehr mitmachen könne. Dietrich hätte zurücktreten müssen.

Reform der Zigarettensteuer-Verordnung

Im Rahmen der Ermächtigung, die sich die Reichsregierung durch die neue Notverordnung gegeben hat, wird heute die Zigarettensteuerverordnung herauskommen, die am 1. Juli in Kraft treten soll. Sie bringt eine Änderung der Steuer in der Richtung auf **progressive Staffelung,** die zu einer Entlastung der Konsumzigarette, zu einer Belastung der Qualitätszigarette führt. Ferner werden die ziemlich unglücklichen Vorschriften der letzten Notverordnung über die **Verpackung grundlegend geändert.** An Stelle der Neuverpackung tritt wie früher das **normale Dezimalsystem.** Die Möglichkeit des Einzelverkaufs wird für die nächste Zeit wieder hergestellt, und zwar dürfen aus Packungen von 50 Stück und für einzelne Preisklassen auch von 25 Stück Zigaretten einzeln verkauft werden. Allerdings soll diese Möglichkeit nur für eine Übergangszeit gelten und in der Hauptsache will man den Bedürfnissen der Minderbemittelten durch **ganz kleine Packungen** entgegenkommen. So sollen zwei Arten von Packungen geschaffen werden, die insgesamt 10 Rpf. kosten: vier Stück zu 2,5 und drei Stück zu 3,5 Rpf. Ferner sollen Packungen mit je fünf Zigaretten zu 4 und 5 Rpf. eingeführt werden. Für die höheren Preisklassen dagegen wird es weder Einzelverkauf noch Miniaturpackungen geben.

Kurze Nachrichten

Schwedischer Flottenbesuch in deutschen Ostseehäfen. Swinemünde hatte heute, Samstag, den Besuch der schwedischen Kriegsflotte, des Küstendampfers „Manligheten", gefolgt von vier Torpedobootszerstörern. Etwa zur gleichen Zeit trafen im Hafen von **Stralsund** der Zerstörer „Oernen" sowie die zweite und dritte Ostseedivision ein, die sich aus neun Dampfbooten zusammensetzten. Im Hafen von **Saßnitz** liefen die Küstendampfer „Gustav V." und „Drottning Viktoria" ein. Die Schiffe verbleiben bis zum 24. Juni in den pommerischen Häfen. Es sind verschiedene Veranstaltungen vorgesehen.

Sprengstoffunde in Zweibrücken. In einem Treppenaufgang zum Bürgermeisteramt in **Zweibrücken** wurde Freitag Vormittag ein Blechkasten gefunden, der über 90 Sprengkapseln enthielt, wie sie zur Entzündung von Explosivkörpern verwendet werden.

Verbot nationalsozialistischer und kommunistischer Veranstaltungen in Berlin. Der Polizeipräsident in Berlin hat auf Grund der Notverordnung vom 28. März 1931 das am heutigen Samstag von den Nationalsozialisten geplante sog. Horst-Fest im Stadion, wie die von kommunistischer Seite für die Zeit vom 4.—12. Juli geplante Spartakiade verboten.

Der Lohntarif für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau, der erstmalig am 15. Juni gekündigt werden konnte, ist nach mehrtägigen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften bis zum 30. September 1931 **verlängert** worden. Der Vertrag kann erstmalig am 1. Oktober mit 14tägiger Frist gekündigt werden.

Stimsons Europareise. Die Vorbereitungen zur Europareise des amerikanischen Staatssekretärs des Äußern, **Stimson,** sind nunmehr soweit gediehen, daß bereits die Auswahl seiner Begleitung vorgenommen wurde. Außer Frau Stimson werden sein persönlicher Assistent, **Klotz,** sein Adjutant, Hauptmann **Regnier,** und sein Privatsekretär, **Morlock,** an der Reise teilnehmen. Die Rückkehr aus Europa dürfte Mitte September erfolgen, das Abfahrtsdatum jedoch ist bisher noch nicht festgesetzt.

Deutsche Berufung an die Havard-Universität. Der Kölner Universitätsprofessor Dr. Friedrich **von der Leyden** ist als Nachfolger für Professor Kuno Francke für das Studienjahr 1931/32 an die Havard-Universität in Cambridge (Mass.) berufen worden und wird dort den Lehrstuhl für deutsche Kultur besetzen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kleine Chronik

Beim Abstieg vom **Hochvogel** (Allgäu) über den gefährlichen Baumheimer Weg nach Hinterhornbach stürzte eine **Mannheimer Touristin** ab, die sich geweigert hatte, sich vom Bergführer anseilen zu lassen. Sie trug schwere Rückenverletzungen davon.

Zwölf Feuerwehrleute wurden in **Leipzig**, als sie in einem Keller, aus dem dichte Rauchschwaden kamen, trotz Gasmasken durch **Kohlenoxydgase betäubt**. Alle Verunglückten konnten geborgen werden. Drei Mann mußten dem Krankenhaus zugeführt werden.

Bei einem Zusammenstoß in **Neisse** zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es zu einer Schießerei, bei der der nationalsozialistische Handlungsgehilfe **Müller erschossen** wurde.

In dem **Muttermordprozeß Thielecke** in **Berlin** beantragte die Staatsanwaltschaft gegen den Angeklagten wegen Totschlags und wegen Urkundenfälschung eine Gesamtstrafe von **zwölf Jahren** und einem Monat Zuchthaus.

Der frühere Direktor der **Hansabank Beuthen, Morawietz**, wurde im Zusammenhang mit der Zahlungseinstellung der Bank in Untersuchungshaft genommen.

Nach den letzten Feststellungen ist damit zu rechnen, daß die **Gesamtzahl der Opfer der Schiffskatastrophe** vor der Loiremündung **550—580 Personen** beträgt.

In der amerikanischen Presse wird beauptet, daß die **Ford-Motor Co.** bald ein neues Wagenmodell mit einem **Achtzylinder-Dieselmotor** herausbringen werde. Das neue Modell werde stärker als die gegenwärtigen sein und einen längeren Radstand aufweisen. Der Preis des neuen Wagens werde unter den Preisen der augenblicklichen Modelle liegen.

Badischer Teil

Der Fremdenverkehr in Baden

** An einer zusammenfassenden und übersichtlichen Darstellung des Fremdenverkehrs in Baden und in den einzelnen badischen Landesteilen nach Umfang und Bedeutung hat es bisher leider gefehlt. Wohl hatten von jeher einige wichtige Fremdenorte wie Baden-Baden, Heidelberg, Badenweiler, Triberg usw. örtliche Statistiken veröffentlicht, sie waren jedoch von verschiedenen Gesichtspunkten aufgestellt und konnten deshalb nicht miteinander verglichen werden. Auch die vom Badischen Verkehrsverband durchgeführten alljährlichen Erhebungen über die Stärke des Fremdenbesuchs in seinen Mitgliedsorten vermochten den Anspruch auf Vollständigkeit kaum zu erheben; insbesondere konnten aus dieser Statistik die monatliche Verkehrsentwicklung und die Herkunftsländer der Fremden nicht ersehen werden.

Um so dankbarer darf es begrüßt werden, daß das **Badische Statistische Landesamt** im Oktober 1929 eine **Monatsstatistik für sämtliche badischen Fremdenplätze** fast ohne Ausnahme eingeführt und die Ergebnisse für 1930 in einem soeben erschienenen Buche veröffentlicht hat. In diesem befinden sich übersichtliche Angaben über 246 badische Fremdenverkehrsorte, deren Höhenlage, die dort zur Verfügung stehenden Gaststätten mit Bettenzahl, über Sportmöglichkeiten, ferner über die Geschichte des badischen Fremdenverkehrs, insbesondere über die Entwicklung und Bedeutung des heutigen Gaststättewesens usw. Besonders wertvoll erscheinen die Übersichten für jeden einzelnen Fremdenverkehrsplatz mit den Zahlen der angekommenen Fremden, deren Aufenthaltsdauer und Herkunftsland im ganzen wie nach Monaten getrennt.

Dieses Buch ist deshalb als brauchbarer Wegweiser und Nachschlagewerk für jeden am Fremdenverkehr Beteiligten, wie Verkehrsorganisationen usw., anzusprechen und verdient, in jedem Lesezimmer von Hotels und Kurvereinen, in Wartezimmern von Ärzten usw. aufgelegt zu werden. Das Buch kann vom Badischen Statistischen Landesamt in Karlsruhe zum Preise von 1 RM., in Leinen gebunden von 1,50 RM. (einschließlich Porto und Verpackung) bezogen werden.

Eisenbahnverkehrskonferenz in Freiburg

Unter dem Vorsitz des Mitglieds der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn in Berlin, Reichsbahndirektor Geh. Regierungsrat **Sommerlatte**, fand im Sitzungssaal der Handelskammer in **Freiburg** am 18. und 19. d. M., eine Besprechung zwischen den **Oberbetriebsleitungen für den Westen** (Sitz Essen) **und dem Süden** (Sitz Würzburg) und den beteiligten Beförderungsdezernenten der Reichsbahndirektionen **Nordwest-, Südwest, Mittel- und Süddeutschlands** statt. Auf der Tagesordnung standen wichtige Fragen über **Neuerungen im Güterbeförderungsdienst**, unter denen namentlich der sogenannte Verteilerverkehr und der Behälterverkehr der Reichsbahn zu erwähnen ist. Am 18., nachmittags, machten die Konferenzteilnehmer auf Einladung des Stadtrats einen gemeinsamen Ausflug auf den Schauinsland.

Aus den Parteien

Der Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete der **Deutschen Volkspartei, Steinel**, sprach in der Monatsversammlung der Ortsgruppe Pforzheim der DVP. über die politischen Ereignisse im Reich und Land. Zur Landespolitik führte er nach dem „Pforzh. Anz." u. a. aus:

„Man sollte das Land gut verwalten, aber nicht Reichs- und hohe Politik treiben. Man solle alle die herbeiziehen, die sich an der Verwaltung beteiligen wollen. Es ist vom politischen Standpunkt aus gesehen eine Belastung, wenn sich die Volkspartei mit der Sozialdemokratie in der Regierung beteiligt. Das gilt aber nur, wenn man die geplante Regierungserweiterung von der Reichspolitik aus betrachtet. Die Verhältnisse im Lande sind aber doch ganz anders. Angenehm sind die Aufgaben nicht, die Herrn **Mattes** bevorstehen, wenn er das Finanzministerium übernehmen sollte. Das Land bekommt z. B. das Sparguatachten vorgelegt, dann steht der Finanzausgleich bevor, ferner die Haushaltsberatung im Spätjahr. Die Partei ist sich bewußt, daß es eine sehr schwere Aufgabe ist, vor der sie steht; aber sie hält es für richtiger, die Verantwortung aufzunehmen und dabei zu sein, wo es gilt, unser Vaterland wieder aufwärts zu führen."

Aus der badischen Industrie

Wiederaufnahme der Arbeit bei Reemtsma. Wie wir erfahren, nimmt das Reemtsma-Werk Baden-Baden die Arbeit in der kommenden Woche wieder auf. Entlassungen fanden, wie irrtümlich berichtet worden ist, nicht statt. Auch mit Kurzarbeit ist vorerst nicht zu rechnen.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. Nachdem die Wahlverhandlungen der 3. Wahltagfahrt zur Bürgermeisterwahl in **Ladenburg** eine Woche öffentlich aufgelegt waren, und innerhalb dieser Frist nicht angefochten wurden, sind die Wahlakten der Staatsaufsichtsbehörde vorzulegen. Diese entscheidet nunmehr noch, ob die Wahl auch von Amts wegen Gültigkeit hat. Im günstigsten Falle ist zu erwarten, daß bereits bis 1. Juli ein Bürgermeister für die Stadtgemeinde Ladenburg ernannt und am besagten Termin sein Amt antreten kann.

Leichte Entspannung am Mannheimer Arbeitsmarkt. Das Arbeitsamt Mannheim registrierte am 15. Juni d. J. 35 913 Arbeitsuchende, nämlich 27 994 Männer und 7919 Frauen. Die Abnahme seit 31. Mai d. J. beträgt 308 Personen.

Abstoßung städtischer Betriebe in Karlsruhe. Nach einem Beschluß des Stadtrats in Karlsruhe wird die **Pferdehaltung beim städtischen Fuhrpark abgebaut** werden. Der Abbau wird so rasch betrieben, wie es die gebotene Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen der Stadt gestattet. Der Beschluß wird der Zustimmung des Bürgerausschusses unterstellt.

Verabschiedung des Baden-Badener Voranschlags durch den Landeskommissär. Bekanntlich hat der Bürgerausschuß Baden-Baden den städtischen Voranschlag mit 85 gegen 15 Stimmen abgelehnt, so daß die Vorlage an den Landeskommissär ging. Der Erfolg ist leider ausgeblieben, da nicht nur eine Verdreifachung der Bürgersteuer beschlossen, sondern darüber hinaus auch die Getränkesteuer eingeführt wurde. Diese beträgt 10 Prozent und wird für die noch fehlenden 9 Etatmonate zirka 70 000 RM bringen. Die Finanzverhältnisse der Stadt haben sich im letzten Monat außerordentlich verschlechtert, so daß die Verwaltung mit einem neuen Defizit von rund einer halben Million rechnen muß. Die Ergebnisse der Notverordnung sind aber sehr gering, sie betragen ungefähr zusammen mit den neuen Steuern 200 000 RM, so daß noch weitere 300 000 RM eingespart werden müssen. Das Theater mit seinem sehr bescheidenen Etat von 50 000 RM wurde erhalten. Baden-Baden hat aber jetzt alle Steuern, die nach den 3 Notverordnungen möglich waren, bis zur äußersten Grenze ausgeschöpft. eine weitere Steuererhöhung ist nicht mehr möglich.

Der Bürgerausschuß Waldshut begann die Beratung des Voranschlags, der mit 1 259 182 RM. in den Einnahmen und 1 253 582 RM. in den Ausgaben abschließt. Er enthält erstmalig für den Zinsendienst für das Darlehn zum Brückenbau Waldshut—Koblenz den Betrag von 17 761 RM. Nach vierstündiger Beratung vertagte sich der Ausschuß auf Freitag abend.

Aus der Landeshauptstadt

Akademische Ehrungen der Technischen Hochschule Karlsruhe

Rektor und Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe haben verliehen:

die Würde eines **Ehrenbürgers** auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Maschinenwesen Herrn Professor Dr.-Ing. e. h. Conrad **Natscheß**, Direktor des Vereins Deutscher Ingenieure in Berlin, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Ausbildung der deutschen Ingenieure, sowie das Ansehen des deutschen Ingenieurs im In- und Ausland;

die Würde eines **Ehrendoktors** auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Chemie Herrn Kommerzienrat Dr. phil. Wilhelm **Gaus** in Heidelberg, Vorstandsmitglied der J. G.-Farbenindustrie-Aktiengesellschaft, in dem Wunsche, seine hervorragenden Verdienste um die deutsche Chemie, insbesondere auf dem Gebiete der Stickstoffbindung, zu ehren und dem ausgezeichneten Techniker und Organisator, einem vorbildlichen Führer deutscher Industrie und Wirtschaft, ihre Anerkennung zu bezeugen;

auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Bauingenieurwesen Herrn Dr.-Ing. Otto **Blum**, ordentl. Professor für Eisenbahnwesen, Verkehrspolitik und Städtebau an der Technischen Hochschule Hannover, wegen seiner Verdienste um die Pflege der allgemeinen Verkehrswissenschaften, um die theoretische und praktische Förderung des Eisenbahnwesens und die Entwicklung des neuzeitlichen Städtebaus;

auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Elektrotechnik Herrn Dipl.-Ing. Ernst Richard **Ritter** in Berlin, dem tatkräftigen, erfolgreichen Vorkämpfer auf dem Gebiete der Elektrowärmetechnik.

Straßenbauten auf dem Gottesauer Exerzierplatz. Auf dem ehemaligen Gottesauer Exerzierplatz werden entsprechend der fortschreitenden Bebauung zwei weitere Straßenstücke ortsbauplanmäßig hergestellt. Die Deckung des Bauaufwandes ist Gegenstand eines Abkommens mit dem Mieter- und Bauverein e. G. m. b. H. Dem Bürgerausschuß wird Vorlage erstattet. — Entgegen einer ersten Absicht, auf dem **alten Bahnhof** den zwischen der künftigen Blankenhorn- und Meidingerstraße hinter dem alten Empfangsgebäude an der Baumeisterstraße gelegenen Baublock abzubrechen. sollen die Gebäude instandgesetzt und die darin befindlichen 20 Kleinwohnungen neu vermietet werden.

Die Silcher-Gedächtnisfeier im Südfunk. Am morgigen Sonntag, vormittags 11 Uhr, wird aus dem Karlsruher Schloßgarten die **Friedrich Silcher-Gedächtnisfeier** (unter Leitung von Ehrenchormeister Fr. Füller) für die Hörer des Südfunks vom Großsender Mühlacker übertragen. Es gelangen vier Volkslieder von Silcher durch Männerchor zum Vortrag, sowie die Gedächtnisansprache von Hauptlehrer Haebler. — Um 14.30 Uhr nachmittags ist der **Gesangverein Frohsinn Mühlburg**, mit Männerchören im Südfunk vertreten.

Die Beamtenschaft zur Notverordnung. In der Festhalle findet morgen, Sonntag, vorm. 10 Uhr, eine **Kundgebung des Badischen Beamtenbundes** statt, in der zur Notverordnung Stellung genommen werden soll. Am Donnerstag, den 25. Juni, nachm. 3 Uhr, folgt im Colosseum eine Kundgebung des Landesverbandes der Polizeibeamten Badens e. V., Ortsgruppe Karlsruhe. — Kürzlich hat ein Bezirkstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten im Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe stattgefunden, auf dem einstimmig eine Entschließung Annahme fand, worin die neue Notverordnung in der Auswirkung für die Beamten der unteren Besoldungsgruppen geradezu katastrophal und untragbar bezeichnet wird.

Bad. Beamten - Dienstuniformen

jeder Art liefert vorschriftsmäßig L.126

Firma J. Holzwarth,

Karlsruhe, Telephon 103. Zähringerstraße 112

Ein ganzes Warenlager zusammengestohlen. In Tauberbischofsheim war es seit geraumer Zeit aufgefallen, daß dortige Leute größere Sendungen aus Karlsruhe erhielten. Man hegte Verdacht, daß es dabei nicht mit rechten Dingen zuging. Die Behörde schritt denn auch zur Verhaftung dreier Frauen und eines Mannes in Tauberbischofsheim, und es stellte sich heraus, daß man einer **Diebes- und Hehlerbande** auf die Spur gekommen war, die alles mögliche zusammengestohlen und aufgestapelt hatte, vor allem Kleidungsstücke, Stoffe und Wäsche. Die Diebe saßen in **Karlsruhe**, wo alsbald die Festnahme einer gewesenen Kellnerin und deren Geliebten erfolgte. Ferner wurde in **Bruchsal** eine dort in Stellung befindliche Kellnerin verhaftet. Durch die Ermittelungen wurde inzwischen festgestellt, daß die Verhafteten seit einem Jahre ihrem dunklen Handwerk nachgingen und in etwa 27 Geschäften mitnahmen, was sie irgendwie erreichen konnten. Man schätzt den Wert des hauptsächlich aus Kleiderstoffen und Wäsche bestehenden Diebesgutes auf 4—5000 RM. Zuletzt wurde ein Wäschegeschäft in der Kaiserstraße heimgesucht. Es wurde eine Haussuchung vorgenommen und ein ganzes Warenlager beschlagnahmt. (Auch in Tauberbischofsheim ist das vorgefundene Diebesgut beschlagnahmt worden.) Bei den in Karlsruhe und Bruchsal festgenommenen Frauenspersonen handelt es sich um Schwestern. Ihre in Tauberbischofsheim wohnende Mutter und zwei weitere Schwestern haben sich, wie wir hören, nicht nur der Hehlerei schuldig gemacht, sondern sich auch an den Diebereien selbst beteiligt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstag morgen: Die gestern über England gelegene Tiefdruckrinne ist südostwärts gewandert. Die polaren Kaltluftmassen an ihrer Rückseite haben inzwischen den Kanal erreicht. In unserem Gebiet, das noch an der Vorderseite der Störung liegt, hat das heitere Wetter bisher angehalten, doch ist mit dem Einbruch der polaren Luft, der zu unbeständigem Wetter führen wird, noch heute zu rechnen. — **Voraussage:** Wechselnd wolkig, strichweise gewittrige Regenschauer und kühl, bei frischen westlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 382 —5, Basel 195 —6, Schusterinsel 262 —3, Kehl 388 unv., Maxau 575 +5, Mannheim 490 +10, Caub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. Juni Geld	20. Juni Brief	19. Juni Geld	19. Juni Brief
Amsterdam 100 G.	169.41	169.76	169.40	169.74
Kopenhagen 100 Kr.	112.73	112.95	112.68	112.90
Italien . . 100 L.	22.055	22.095	22.04	22.08
London . . 1 Pfd.	20.475	20.515	20.47	20.51
New-York . 1 D.	4.209	4.217	4.2065	4.2145
Paris . . . 100 Fr.	16.475	16.515	16.515	16.499
Schweiz . . 100 Fr.	81.75	81.901	81.72	81.88
Wien 100 Schilling	59.17	59.29	59.153	59.275
Prag . . . . 100 Kr.	12.472	12.492	12.465	12.485

Vor neuen Maßnahmen der Reichsbank? Da — trotz offizieller Beteuerungen der Bank von Frankreich — auch von französischen Großbanken weitere Guthaben gekündigt wurden, hat trotz der Diskonterhöhung der an den Devisenmärkten auftretende Bedarf von Donnerstag auf Freitag wieder zugenommen. Nachdem an der Freitagbörse die Reichsmark wieder für 60 bis 70 Millionen Reichsmark Valuten herzugeben hatte, und obschon diese Beträge weit kleiner waren, als die in der Vorwoche vorgekommenen Tagessummen von 120 oder gar 200 Millionen, so schöpft das neue Aufflackern doch zweifellos die freien Reserven der Reichsbank weiter ab; die Deckung dürfte nunmehr noch etwa 1700 Millionen Reichsmark betragen. Man spricht nun bereits von Kreditrestriktionen und Kontingentierungen. Es ist aber auch die **weitere Anziehung der Diskontschraube** zu erwarten, um die Vorratskäufe der deutschen Banken einzuschränken.

Mittelbadische Eisenbahnen AG. Lahr i. B.

Am Freitag, den 19. Juni, fand in **Karlsruhe** die ordentliche Generalversammlung der MEG. statt. Es waren vertreten 3 Aktionäre mit 4886 Stimmen. Der Geschäftsbericht, sowie die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, fanden einstimmig Genehmigung, ferner wurde Vorstand und Aufsichtsrat entlastet. Die satzungsgemäß aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder: Ministerialdirektor Dr. **Sammet**, Ministerialrat Dr **Mühe**, Bankdirektor Dr. **Betz**, Ministerialrat **Seeger**, sämtlich in Karlsruhe, und Kommerzienrat **Heidlauff** in Lahr, wurden einstimmig wiedergewählt. Ferner wurden in den Aufsichtsrat hinzugewählt: Ministerialrat Dr. **Greiner** in Berlin, Oberbürgermeister **Wolters** in Lahr und Bürgermeister Dr. **Luthmer** in Kehl. Direktor **Unmack** in Kehl wurde zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt.

Die Bilanz per 31. Dez. 1930 schließt mit 1 639 654 RM ab. Das Anlagenkonto, Bahnen, wird mit 786 102 RM, das Anlagenkonto, Frachtverkehr, mit 76 125 RM beziffert. Die Debitoren stehen mit 587 420 RM zu Buch, die Kreditoren mit 862 874 RM. Das Aktienkapital beträgt 500 000 RM. Auf dem Erneuerungsfondskonto stehen 264 311 RM.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr (Kalenderjahr 1930) betrugen die **Gesamteinnahmen** 829 407 RM (darunter 729 090 RM aus dem Bahnbetrieb), gegen 842 983 RM (791 218 RM). Die **Gesamtausgaben** betragen 1 109 607 RM (Bahnbetrieb 997 692 Reichsmark) gegen 1 146 388 RM (1 078 603 RM). Somit ergibt sich ein **Fehlbetrag von 280 199 RM** gegen 303 404 RM. Von diesem Fehlbetrag werden gemäß Übereinkommen vom **Reich und Land Baden ersetzt:** 271 483 RM gegen 265 869 RM im Vorjahre. Für den Bahnbetrieb (Lahrer Bahn) ergibt sich also ein Überschuß von 2881 RM (gegen einen Verlust von 21 516 Reichsmark), um welchen Betrag sich der Verlustvortrag aus den Vorjahren verringert. Für den **Kraftwagenbetrieb** verbleibt ein Verlust von 11 597 RM (gegen 16 019 RM), welcher auf neue Rechnung vorgetragen wird. Der Fehlbetrag hat sich somit gegenüber dem Vorjahre um 23 205 RM ermäßigt. Der Rückgang der Einnahmen im Bahnbetrieb, insbesondere derjenigen aus dem Personenverkehr, ist in der Hauptsache auf die allgemeine Wirtschaftskrise zurückzuführen. Auch hat hier nach dem Bericht des Vorstandes der wilde — nicht genehmigte — Kraftwagenverkehr einen weiteren Einnahmeausfall verursacht. Der Kraftwagenbetrieb hat eine Besserung des Ergebnisses gebracht. Zur Ausführung der **Rheinregulierung** Kehl aufwärts und zur Kinzigverlegung in Kehl sind Anschlußgleise erstellt worden, die der Lahrer Bahn schon für das kommende Geschäftsjahr neue Transporte zuführen, so daß mit einer günstigen Entwicklung dieses Verkehrs für die nächsten Jahre gerechnet werden kann.

Die Rücklage für Pensionsverpflichtungen beträgt am Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres 85 306 RM. An Pensionen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 64 160 RM gezahlt.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat. Die Verhandlungen zur Bildung eines freiwilligen Syndikats wurden in einer Zechenbesitzerversammlung in Essen fortgesetzt. Der den Zechen zur Unterschrift vorgelegte Beitrittserklärung stimmten bis auf einige Ausnahmen die Zechenbesitzer zu.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Heidelberger Wohnungsbauskandal vor Gericht

DZ. **Heidelberg**, 19. Juni. Heute vormittag begann vor dem Erweiterten Schöffengericht die Verhandlung gegen den 32 Jahre alten Rechtsanwalt Ludwig **Müller**, Heidelberg, gebürtig aus Müllheim (Baden), und gegen den 30 Jahre alten Diplomkaufmann Alfred **Goldschmidt** aus Heidelberg. Die Anklage lautet auf Untreue, Betrug, Bankerott und Vergehen gegen das GmbH.-Gesetz. Der dritte Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft m. b. H., Paul **Müller**, ist bekanntlich nach der Schweiz entflohen.

In dem Eröffnungsbeschluß, den der Vorsitzende verliest, wird erklärt, daß der Angeklagte Ludwig Müller von vornherein die Absicht hatte, von den zur Verfügung gestellten Baugeldern einen größeren Betrag für seine Zwecke zu verwenden. Ferner stellte der Eröffnungsbeschluß den Leichtsinn bei der Geschäftsführung, die Verschwendung von Geldmitteln, sowie die liederliche Buchführung des Betriebes fest, für die in der Hauptsache der entflohene Paul Müller verantwortlich ist. Es sind 15 Zeugen und Sachverständige geladen.

Der Angeklagte Ludwig **Müller** schilderte, wie es zur Gründung der Wohnungsbau-GmbH. kam, deren Hauptgeschäftsführer er war. Der Angeklagte Müller, der sehr sachlich und ruhig verteidigt und bei allem, was er vorbringt, sehr überlegend verfährt, betonte, daß ihm der Bauvertrag durchaus die beliebige Verwendung der Gelder gestattet habe. Diese Frage ist deshalb wichtig, weil unter Umständen bei den in Frage kommenden Geldbeträgen eine Minderung der Schuld, oder gar Schuldlosigkeit im juristischen Sinne entstehen könnte.

Die weitere Verhandlung drehte sich um die Aufklärung der **Wechselbetrügereien**, durch die die Wohnungsbaugesellschaft sich große Beträge auf Kosten der Armen Schulschwestern verschaffte. Die Gelder sind bekanntlich durch Spekulationen verlorengegangen. Zuerst standen Wechsel in Höhe von zusammen 545 000 *RM* zur Erörterung, die im Frühjahr 1930 zur Erlangung eines Zwischenkredits ausgegeben wurden. Bei den weiteren Wechseln in Höhe von 1,1 Millionen Reichsmark, die in der Hauptsache im Sommer 1930 in Umlauf gesetzt wurden, soll Ludwig **Müller** ebenfalls mit falschen Angaben vorgegangen sein, was dieser in jedem Falle bestreitet. Dann kamen die Geschäfte zur Besprechung, die Ludwig Müller beziehungsweise die Wohnungsbaugesellschaft mit dem ihr zur Verfügung gestellten Geld getätigt haben. So gingen bei der Steigerung eines großen Gutes in der Nähe Münchens für die Gesellschaft ungefähr 230 000 *RM* verloren.

DZ. **Mannheim**, 20. Juni. An Wohlfahrtsgeldern vergriff sich der 49 Jahre alte, verheiratete Kaufmann Viktor **Kunz** von hier. Als Schatzmeister des hiesigen Bezirks der Großloge von Württemberg des **Old-Fellow-Ordens** verbrauchte er die Summe von 22 240 RM., die er an Beiträgen vereinnahmte, zu eigenen Zwecken. Das Geld war zum großen Teil zur Unterstützung Bedürftiger bestimmt gewesen. Die Veruntreuungen begannen bereits im Oktober 1928. Der Angeklagte will durch den Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft, deren Generalvertreter er war, und durch Krankheit seiner Frau in Not geraten sein. Das Gericht sprach eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr aus.

bld. **Heidelberg**, 20. Juni. Wie die Versicherungsanstalt des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen mitteilt, belaufen sich die festgestellten Unterschlagungen des Kassenangestellten Hans **Brunner** bei der **Heidelberger Handwerkerkrankenkasse** in 7 Fällen auf insgesamt 1650 *RM*.

bld. **Freiburg**, 19. Juni. Bei einer hiesigen Großhandlung hat ein Lehrling **6000 *RM* unterschlagen.** Er ist in die Hände eines Gauners geraten. Dieser versuchte schon seit 14 Tagen sämtliche Lehrlinge der Firma zu beeinflussen, mit der Kasse auf und davon zu gehen, was ihm aber nicht gelang. Sein Vorhaben glückte ihm aber bei einem Lehrling, der zufällig eine größere Summe zu befördern hatte, wovon er Kenntnis erhielt. Von den beiden Flüchtigen fehlt jede Spur.

bld. **Kandern**, 20. Juni. Der Gesangverein Kandern feiert vom 27. bis 29. Juni das Fest seines 100jährigen Bestehens mit Gesangswettstreit und Gausängerfest, an dem nicht weniger als 58 Gesangvereine teilnehmen, auch aus der Schweiz.

Staatsanzeiger

Losvertrieb.

Dem Württ. Schwarzwaldverein in Stuttgart wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 18. Juni 1931.

Der Minister des Innern
J. A.: Imhoff.

Losbriefvertrieb.

Der Associationsanstalt Schönbrunn wurde die Erlaubnis zum Losbriefvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 18. Juni 1931.

Der Minister des Innern
J. A.: Imhoff.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 23. bis 28. Juni 1931.

Dienstag, 23. Juni. ✱ B 29. Th.-Gem. 501—600. **Ständchen bei Nacht.** Lustspiel von Leo Lenz. 20 bis 22 (5.—).

Mittwoch, 24. Juni. ✱ E 28. Th.-Gem. 1. S.-Gr. Neu einstudiert: **Salome.** Drama von Richard Strauß. 20 bis nach 21.30 (7.—).

Donnerstag, 25. Juni. Außer Miete. **Aida.** Von Verdi. 19.30 bis 22.30 (7.—).

Freitag, 26. Juni. Volksbühne: Junivorstellung. **Aida.** Von Verdi. 19.30 bis 22.30 (7.—). Zu dieser Vorstellung sind nur Stehplatzkarten erhältlich.

Samstag, 27. Juni. Zu kleinen Preisen. **Der lustige Krieg.** Operette von Johann Strauß. 20 bis 22.45 (3,50).

Sonntag, 28. Juni. Nachmittags: **Der Hauptmann von Köpenick.** Ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer. 14.30 bis 17.30 (3.—).

Abends: ✱ C 28. Th.-Gem. 701—800. **Boris Godunow.** Musikalisches Volksdrama von Mussorgsky. 19.30 bis 22.30 (8.—).

Badisches Landestheater

Sonntag, den 21. Juni 1931
*G 28. Th.-Gem. 801—900
Neu einstudiert:

Boris Godunow

Musikalisches Volksdrama von Mussorgsky
Dirigent: Krips
Spielleitung: Pruscha
Mitwirkende:
Blank, Fanz, Haberkorn, Seiberlich, Winter, Falke, Hospach, Kalnbach, Kiefer, Löser, Nentwig, Ochsenkiel, Ritschl, Schoepflin, Schuster, Strack, H. Lindemann, E. Ott
Anfang 20 Ende 23
Preise D (1—8 *RM*)

Montag, den 22. Juni 1931
*A 28. Th.-Gem. 1001—1100

Über allen Zauber Liebe

Von Calderon
Freie Neudichtung v. Scholz
Musik von Steidel
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertram, Genter, Jank, Seiling, Schreiner, Guse, Hebeisen, Brand, Dahlen, Graf, Herz, Just, H. Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Luther, Müller, Prüter, Schulze
Anfang 20 Ende 22½
Preise A (0,70—5 *RM*)

Die. 23. 6. Ständchen bei Nacht. Mi. 24. 6. Neu einstudiert: Salome. Do. 25. 6. Aida. Fr. 26. 6. Aida. Sa. 27. 6. Der lustige Krieg. So. 28. 6. Nachmittags: Der Hauptmann von Köpenick. Abds.: Boris Godunow. Im Konzerths.: Keine Vorstellung.

„Wie geht's dem Mann?"

„Ha, Dank der Nachfrag',
Es macht sich jetzt von Tag zu Tag,
Er spürt's halt noch im Bein im linken
Das ärgste war: nichts dürfen trinken,
'S könnt schaden, hat der Doktor g'laubt,
Doch schließlich hat er ihm erlaubt.
Ich sag' Ihnen – glücklich all' sind wir,
Wieder sein Glas Schrempp-Printz-Bier;
'S hat großen Nährwert und verschafft
Ihm wieder neue Lebenskraft!"–

L.216

Spezialhaus für Vervielfältiger

Blitz Schnelldrucker
Handanlage stündl. ca. 2000 Abzüge Mk. 65.-
Autom. Papieranlage ca. 6000 Abzüge Mk. 150.-
Ernst Wentzel
Werastr. 69 Stuttgart Fernspr. 40716

L.229

Anzeigen in der Karlsruher Zeitung (Bad. Staatsanzeiger) haben großen Erfolg

Bruchsal. R.523

Güterrechtsregistereintrag Band III, Seite 236: **Spitz** Wilhelm, Kaufmann in Bruchsal und Thekla Spitz geb. Autenrieth daselbst. Vertrag vom 21. Mai 1931: Gütertrennung nach § 1426 ff. BGB.

Bruchsal, 12. Juni 1931.
Amtsgericht I.

Ettlingen. R.524

Güterrechtsregistereintrag Band II, Seite 118: **Pfeifer** Hans, Architekt in Ettlingen und Else geb. Dietz. Vertrag vom 13. März 1931: Gütertrennung.

Ettlingen, 18. Juni 1931.
Amtsgericht.

Einladung.

Gemäß § 6 der Satzungen werden die Vereinsmitglieder auf **Mittwoch, den 1. Juli 1931, vorm. 11 Uhr,** nach **Karlsruhe**, Blumenstr. 1, III., Prüfungssaal, zu einer

Mitgliederversammlung

eingeladen mit folgender

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht.
2. Vorlage der zwei letzten Jahresrechnungen.
3. Ankauf von Grundstücken.
4. Neuwahl des Ausschusses.
5. Sonstiges.

Karlsruhe, den 17. Juni 1931. L.258

Der Ausschuß des Landesvereins für Arbeiterkolonien.

Die Stadt Heidelberg hat drei gut erhaltene

Leichenwagen L.261

für Erwachsene und **2 Kinderleichenwagen**, sämtlich für Pferdegespann, zu verkaufen. Anfragen an den

Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg.

A.885. **Karlsruhe.** Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Karl Denner** in Karlsruhe, Erbprinzenstr. 31, jetzt in Baden-Baden, sind die Gebühren des Konkursverwalters auf 625 *RM*, die Auslagen auf 43,34 *RM* und die Gebühren des Gläubigerausschusses auf 60 *RM* festgesetzt. Zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis ist Termin bestimmt auf **Donnerstag, den 9. Juli 1931, vormittags 9 Uhr,** vor das Amtsgericht A 10 Karlsruhe, Akademiestr. 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 234. Karlsruhe, den 17. Juni 1931.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.

Wir werben für Sie!

Den Staats- und Gemeindebehörden empfehlen sich:

Armbruster & Co.
Bauunternehmung L.236
Beton- und Eisenbetonbau
Zementröhren- u. Kunststeinfabrik
Fabrikation von Holzröhren und Bottichen
Freiburg – Littenweiler
Büro und Werk Kappler Str. 50. Telephon 3880

Sämtliche gußeis. Kanalisationsartikel

Feldbahnen und alle **Baugeräte** für Notstandsarbeiten, Wegebauten usw. empfiehlt den Staats- und Gemeindebehörden und Bauämtern
zu Kauf und Miete
Wilhelm Messmer, Villingen
Gegründet 1903 — Kataloge gratis — Fernsprecher 2131
Mitglied des Badischen Baumeisterbundes
J.951

Heinrich Stöcker G. m. b. H.
vormals FR. KIRCHENBAUER
Bauunternehmung für Hoch-, Tief- u. Eisenbetonbau Umbauten aller Art
KARLSRUHE i. B.
Lessingstr. 1a Tel. 1020
K.648

Druck G. Braun, Karlsruhe.